

# Lindau hoch



Nr. 19

Lindau, 14. Januar 2022

## Verkehr verkehrt in Lindau!?

**Anfang** Dezember 2021 beschloss die Stadtratsmehrheit, auf dem Areal des Parkplatzes am Karl-Bever-Platz vor der Insel ein Parkhaus mit 500 PKW-Stellplätzen errichten zu lassen.

Damit entschied diese Mehrheit gegen den Beschluss der vom Stadtrat eingesetzten Bürgerbeteiligung, welche im Punkt 3 ihrer Beschlussempfehlung an den Stadtrat festlegte: „Am Karl-Bever-Platz sind sichere Parkplätze für Anwohner, Beschäftigte und Übernachtungsgäste zu schaffen.“

Neben den bereits vorhandenen Parkplätzen für die Inselkundschaft sowie die TagestouristInnen im Parkhaus auf der Insel sieht Punkt 7 der Bürgerbeteiligung vor: „Für Tagestouristen sind Standorte für feste Auffangparkplätze (P+R) außerhalb der Insel zu planen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.“

All diese Empfehlungen der Bürgerbeteiligung an den Stadtrat wurden von diesem zwar am 21. Juli 2021 einstimmig angenommen, nun aber im Dezember mehrheitlich über den Haufen geworfen.

Da klingt es für die engagierten Bürgerinnen und Bürger wie Hohn, wenn die Stadtverwaltung am 18. Dezember 2021 verkündete, „gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Einwohnern, entwickelt und plant LOSLAND einen auf Lindau zugeschnittenen Beteiligungsprozess.“

DIE LINKE in Lindau spricht sich gegen eine Parkhaus statt dem derzeitigen Parkplatz am Karl-Bever-Platz aus. Neben dem Parkhaus auf der Insel bietet hingegen ein Parkhaus östlich des geplanten neuen Bahnhofsgebäudes in Reutin die Möglichkeit, die Verkehrswelle von der Autobahnabfahrt sowie aus Vorarlberg dort abzufangen und die Menschen zur Weiterfahrt mit der Bahn bzw. dem Stadtbus beispielsweise auf die Insel Lindau anzuhalten.

**Den** nächsten Schildbürgerstreich für den PKW-Verkehr bilden die Stadtratspläne, das nordwestliche Eck des Holdereggenparks zu zerstören, um dort eine neue Straße von Norden in das Gleisdreieck bauen zu lassen. Die bisher geplante Straßenunterführung vom Hasenweidweg zum Gleisdreieck unter den Eisenbahngleisen hindurch soll deswegen nach zweieinhalb Jahren Planung doch nicht gebaut werden.

**Seit** 12. Dezember 2021 fährt die schweizerische TURBO-S-Bahn 7 an den Wochenenden im 2-Stundentakt von Romanshorn über Bregenz nach Lindau-Reutin und wieder zurück. Ein erster kleiner praktischer Versuch, eine Bodensee-S-Bahn rund um den Bodensee aufzubauen. Doch diese modernen, sprintschnellen und bequemen elektrischen Stadler-Triebwagen dürfen nicht bis zum Lindauer Stadtzentrum auf der Insel fahren. Dies verbot ihnen nicht die Deutsche Bahn AG, sondern die Lindauer Verwaltungsspitze. Die Begründung lautet, dass dann die drei verbliebenen Bahnübergänge zwischen Reutin und der Insel zu oft für Züge geschlossen würden. Dafür stehen diese Züge im Bahnhof Reutin 14 Minuten lang, um danach wieder zurück nach Romanshorn zu fahren. Ein weiterer politischer Lindauer Schildbürgerstreich. So funktioniert eine Verkehrswende (mit einer Verlagerung vom PKW-Verkehr auf öffentliche Verkehrsträger wie Busse und Bahnen) nicht, im Gegenteil, sie wird behindert. Diese Züge müssen zukünftig bis zur Insel Lindau fahren dürfen und die Fuß- und Radwegunterführung am Aeschacher Ufer muss endlich gebaut werden.



***Eine Alternative: Per Bahn und Stadtbus zum Stadtzentrum auf der Insel.***

21. 1. 2022, Berlin, B **Verschoben!** Tor, Demonstration, Neustart der Agrarpolitik jetzt!



## Sozialer Wohnungsbau

Im Dezember 2021 beschloss Lindaus Stadtrat erneut, dass in den nächsten 20 Jahren ein Teil der früheren Parkplätze auf der HINTEREN INSEL mit preislich günstigen Wohnungen bebaut werden kann. Nun ist es Aufgabe der Lindauer Öffentlichkeit, darauf zu achten, dass dort nur Wohnungen errichtet werden, die sich Lindauerinnen und Lindauer mit einem Einkommen der unteren zwei Drittel der Gesellschaft

auch tatsächlich leisten können. Deshalb darf dort mittelfristig nur Baurecht in Erbpacht an die städtische GWG-Wohnungsgesellschaft sowie an Genossenschaften wie QUARTIER VIER vergeben werden.

**Kein Feuerwerk.** An Sylvester wollte die Gastronomie in der Lindauer Therme dort direkt neben dem Landschaftsschutzgebiet ein Feuerwerk veranstalten. Durch den Protest des Bundes für Naturschutz konnte dies verhindert werden, um die in den dortigen Bäumen übernachtenden Vogelscharen nicht weiter zu traumatisieren. Tatsächliche Hilfe aber wäre es dauerhaft nur, wenn zwischen dem Flüsschen Laiblach und der Villa Alwind im Uferbereich auf der See- und Landseite ganzjährig jegliches Feuerwerk verboten würde.



## Corona-Pandemie

Selbstverständlich besteht für alle eine ethisch-moralische Pflicht zur Schutzimpfung gegen Corona, auch für ImpfskeptikerInnen, fanatisierte Impfgegner und politische Seuchenazis. Andererseits müssen alle Coronatests sowie die Schutzmasken zukünftig kostenlos durchgeführt bzw. abgegeben werden. Diese werden durch die Steuerzahlungen sowie die Krankenkostenbeiträge von allen finanziert.

Auch müssen die Produktionspatente für die fünf westlich-kapitalistischen Anti-Corona-Impfstoffe allen Ländern der Welt umgehend kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Das auch während der Corona-Pandemie beibehaltene Schließen von Krankenhäusern und die Verringerung der Krankenhausbetten muss umgehend beendet werden. Die Finanzierung des Gesundheitswesens von Seiten der Bundes- und Landesregierungen sowie der Versicherungen muss in der Form umgestellt werden, dass die öffentlichen Kliniken sich wieder existenzsichernd rückfinanzieren können.

**Die Preisinflation** in Deutschland liegt inzwischen bei über 5 Prozent. Ein wesentlicher Teil davon sind die steigenden Preise für Heizenergie. Dies kann abgemildert werden, wenn die seit Herbst 2021 fertiggestellte Gasfernleitung Nordstream 2 von Russland nach Deutschland umgehend in Betrieb genommen wird. Sie ist bereits gefüllt, überprüft und die Regierung der Republik Russland ist bereit zur sofortigen zuverlässigen Lieferung von Erdgas. Gleichzeitig muss der russischen Regierung von der NATO, den USA und der EU umgehend ein verbindlicher schriftlicher Vertrag mit Sicherheitsgarantien und dem Verzicht auf eine weitere Ausdehnung des NATO-Militärbereiches in Richtung russische Republik angeboten werden.



**DEMONSTRATION GEGEN DIE NATO- „SICHERHEITSKONFERENZ“  
IN MÜNCHEN, 19. FEBRUAR 2022, MÜNCHEN, STACHUS, 13.00 UHR.**